

Zeitschrift: Centrum : Jahrbuch Architektur und Stadt
Herausgeber: Peter Neitzke, Carl Steckeweh, Reinhart Wustlich
Band: - (1993)

Artikel: Zeitbomben : die reiche und die arme Welt und das Schicksal ihrer grossen Städte
Autor: Schweizer, Gerhard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1072971>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gerhard Schweizer

Zeitbomben.

Die reiche und die arme Welt und das Schicksal ihrer großen Städte

Irgendwo in Westeuropa... Eine Stadt, die über Jahrzehnte hinweg rund 400.000 Einwohner zählte, ist innerhalb von nur fünf Jahren um 150.000 Einwohner gewachsen. Oder sind es bereits 200.000? Der Zustrom arbeitssuchender Menschen ist außer Kontrolle geraten, ebenso die Verwaltung von überbevölkerten Vorstädten, wo abfallübersäte Straßen und abgewohnte, ja extrem vernachlässigte, demolierte Häuserblocks mehr und mehr zum gewohnten Erscheinungsbild gehören. Zu Hunderten reihen sich inzwischen Slumhütten aus rohen Ziegelsteinen, Brettern und Wellblech an den Bahnlinien und Ausfallstraßen. Bürger „intakter“ Wohnviertel warnen davor, die von Vandalismus gezeichneten Autobusse und Pendlerzüge in die Vorstädte zu benutzen, der sprunghaft gestiegenen Kriminalität wegen. Eine sozial geteilte Stadt. In besseren Wohngebieten und den Geschäftsstraßen mit ihren glitzernden Konsumpalästen wächst die Angst vor sozial und politisch instabilen Verhältnissen. Villen sind zu Festungen ausgebaut, mehr noch, die Besitzer haben sich private Bürgerwehren zugelegt – das staatliche Gewaltmonopol ist kaum mehr als ein leeres Ritual...

Was wir bislang nur aus Nachrichten über die Dritte Welt oder Elendsgebiete der USA kennen, droht uns in Westeuropa einzuholen – ja, ist in manchen Regionen von Paris, Lissabon, Rom, London, Liverpool längst bedrückende Wirklichkeit. Bald auch in Berlin, Hamburg, München, Zürich, Wien?

Stadtkrisen in Westeuropa hatten während der letzten vier Jahrzehnte eine andere Dimension. Seit den sechziger Jahren schien es unabwendbar, daß unsere Großstädte über längere Zeiträume hinweg schrumpfen. Eine rückläufige Geburtenrate hat einerseits zum Einwohnerschwund beigetragen, andererseits sind vermehrt Menschen in ruhigere Ortschaften abgewandert, von wo aus sie in zermürbendem Pendelverkehr täglich ihren Arbeitsplatz im zersiedelten Ballungsraum ansteuern. „Stadtflucht“ kursierte als Schlagwort und stand für die alarmierende Tatsache, wie „unwirtlich“ (um mit Mitscherlich zu sprechen) viele große Städte durch zunehmend „autogerechte“ Straßen und industrielle Umweltverschmutzung geworden sind. Westdeutsche Großstädte haben zwischen 1970 und 1990 im Durchschnitt etwa 10 Prozent Einwohner verloren.

Aber damit ist es längst vorbei. Im Verlauf der neunziger Jahre steht uns ein Zuwandererstrom bevor, wie er ähnlich nur während der raschen Industrialisierung des 19. Jahrhun-

derts viele Städte – vorübergehend – aus dem sozialen Gleichgewicht gebracht hat. Stadtplaner warnen zunehmend vor dem Entstehen riesiger Slums.

Erste Symptome eines solchen Wandels zeigen sich quer durch die westdeutschen Städte. Hamburg etwa, das zwischen 1965 und 1985 von 1,8 auf 1,6 Millionen Einwohner abgesunken war, hat seit Ende 1988 bis zum Herbst 1992 um rund 77.000 Einwohner zugenommen. München ist während des selben Zeitraums gar um 97.000 Bürger gewachsen, Frankfurt und Dortmund immerhin jeweils um 30 000. Berlin in seiner exponierten Lage als neue Hauptstadt läßt ohnehin dramatische Veränderungen erwarten. Mitte der achtziger Jahre wohnten in Westberlin 2,02 Millionen, in Ostberlin 1,1 Millionen Menschen; „Groß-Berlin“ hatte damit gegenüber der Vorkriegszeit um nahezu eine Million Menschen abgenommen. Seither aber, vor allem nach der deutschen Vereinigung, ist Berlin auf dem Weg, rasch über die Viermillionengrenze hinauszuwachsen.

Entscheidend die Situation verändert hat 1989 der politische und wirtschaftliche Zusammenbruch der Ostblockstaaten. Seit im Osten die Grenzen durchlässig geworden sind, setzt sich aus den dort verelendenden Gebieten ein Wanderungsstrom nach Westen in Bewegung. Nicht minder drängen aber aus dem Süden und Südosten – über Nordafrika und den Vorderen Orient – Arbeitssuchende massenhaft nach Griechenland, Italien und Spanien, meist „illegal“. Dort setzen sie sich zuerst einmal in den Slums der ohnehin wirtschaftlich labilen Ballungsräume von Athen, Neapel, Rom, Lissabon fest, um als Billigst-Arbeiter das schlechte Lohnniveau einheimischer Saisonarbeiter beträchtlich zu unterbieten; viele von ihnen versuchen weiter nach Norden zu kommen, insbesondere nach Frankreich, nach den Beneluxstaaten und Deutschland. In noch stärkerem Maße überschreiten Lateinamerikaner auf der Flucht vor heimischer Wirtschaftsmisere massenhaft die Südgrenze der USA.

Wanderungsströme hat es aus wirtschaftlich vernachlässigten Regionen in Ballungsräume mit anscheinend unerschöpflichem Arbeitsplatzangebot auch während des 19. Jahrhunderts gegeben, nicht zuletzt in Europa. Nun aber mehren sich die Anzeichen dafür, daß neben Zuwanderern aus Osteuropa Notleidende aus Asien, Afrika und Lateinamerika bis in die Zentren der reichen Industriestaaten vordringen – mit nicht absehbaren Folgen. Derartige Zukunftsaussichten haben wir bisher kaum in Erwägung gezogen, konnten wir doch davon ausgehen, daß sich in

Asien, Afrika und Lateinamerika „Wirtschaftsflüchtlinge“ hauptsächlich innerhalb der eigenen Länder bewegten – aus verelendeten Dörfern in die heimischen Ballungsräume, oder allenfalls in besser gestellte Nachbarstaaten. Noch während dieses Jahrzehnts wird sich die epochale Umorientierung weltweiter Wanderungsströme herauskristallisieren. Und diesen Wandel werden wir in seiner unerbittlichen Konsequenz nur verstehen, wenn wir uns bewußt machen, wie dramatisch sich die Lage in vielen Ländern der Dritten Welt allein während der letzten zwei Jahrzehnte verschlechtert hat.

Die Armut unter der Landbevölkerung in Entwicklungsländern hat, so in einer 1992 veröffentlichten UNO-Studie, während der letzten 20 Jahre um nahezu 40 Prozent zugenommen. Betroffen sind von dieser bedrohlichen Entwicklung nunmehr rund eine Milliarde Menschen in 114 Ländern der Dritten Welt. Ihr Elend übertrifft bei weitem die Verarmung in den Ländern des ehemaligen Ostblocks – für sie geht es nur noch ums nackte Überleben.

Viele außereuropäische Länder leiden unter einer extremen Verzerrung der Einkommensverhältnisse: Im Durchschnitt verdienen Großgrundbesitzer (nach einer Schätzung der Weltbank von 1980) rund 400mal soviel wie Kleinbauern und 1.000mal soviel wie Landarbeiter. Das krasse Ungleichgewicht nutzen zahlreiche Feudalherren, um ihre Macht auf Kosten der Kleinbauern noch weiter auszudehnen. Kaum eine Regierung macht sich die Mühe, einen solchen Prozeß zu stoppen, im Gegenteil: Viele der Machthaber sind selber Großgrundbesitzer und fördern vorrangig den Typus der Großfarm, auf der sich in riesigen Monokulturen gewinnbringend Exportfrüchte anbauen lassen. Kleinbauern, die allein für sich selber sorgen, haben in einer derartigen Kosten-Nutzen-Rechnung keinen Platz. Nutznießer einer so fragwürdigen Entwicklung sind besonders westliche Industriestaaten, denn sie können aus den Großfarmen zu Preisen, die *sie* diktieren, Nahrungs- und Genußmittel en masse beziehen; umgekehrt liefern sie mit gutem Profit landwirtschaftliche Maschinen und Düngemittel in die industriell betriebenen Monokulturen.

Aufgrund solcher Handelsvorteile haben sich westliche „Entwicklungsexperten“ über Jahrzehnte großenteils wenig Gedanken über das Schicksal ruinierten Kleinbauern und Landarbeiter gemacht; auch haben sie weitgehend die durch Raubbau verursachten Umweltschäden ignoriert oder zumindest unterschätzt. Um so mehr trugen sie aber dazu bei,

daß verarmte, ums Überleben kämpfende Menschen massenhaft arbeitssuchend in die Großstädte der Dritten Welt strömten. In manchen Ländern leben noch 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung in Dörfern, in anderen Ländern ist die Zahl nach zwei bis drei Jahrzehnten bereits auf 50 oder gar 40 Prozent gesunken. Die durch wachsendes Elend drastisch ansteigende Geburtenrate verschärft die Krise, so daß immer mehr Zuwanderer in ohnehin schon heillos überbevölkerten Städten keine Arbeit mehr finden. Besonders kraß ist die Situation in Metropolen, die bereits seit Jahrhunderten Zentralen der Wirtschaft und Kultur bildeten.

Betrachten wir die Wachstumskurven solcher Mega-Städte der Dritten Welt, so nehmen sich die Steigerungsraten im Europa des 19. Jahrhunderts während des jähen Industrialisierungsschubs dagegen eher bescheiden aus. London als einst größte Stadt der Welt hat 140 Jahre benötigt, um von einer Million Einwohner (1810) auf 8,4 Millionen (1950) zu wachsen (und stagniert seither). Paris brauchte etwa 150 Jahre, um von einer Million (1846) auf 12 Millionen (1992) zu kommen (mit langsam weiter nach oben gehender Tendenz). Berlin stieg innerhalb von sieben Jahrzehnten von 826.000 Einwohnern (1871) auf 4,3 Millionen (1939). Mexico-City aber, heute die größte Stadt der Welt, hat kaum mehr als 40 Jahre gebraucht, um von 2 Millionen Einwohnern (1950) auf über 20 Millionen (1992) anzuschwellen; Sao Paulo wuchs im selben knappen Zeitraum von 2 auf 18, Kairo von 2 auf 16, Bombay von 4 auf 13, Teheran von einer auf 13 Millionen und so weiter...

Großstadtslums wachsen in Ländern, wo es vor wenigen Jahrzehnten überwiegend nur Dörfer gegeben hat, besonders schnell, teilweise drei bis viermal schneller als die wohlgeordneten Stadtviertel. In manchen Ballungsräumen verdoppelt sich die Zahl der Slumbewohner bereits alle fünf Jahre (!), wie eine UNO-Untersuchung von 1985 festgestellt. Bald dürfte gerade in den größten Metropolen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas die Hälfte aller Einwohner in notdürftig gezimmerten Hütten aus Wellblech, Sackleinen, Latten und Stroh hausen, und die Entwicklung hat längst auch schon Mittelstädte, sogar Kleinstädte erfaßt. Rund 45 Prozent der Weltbevölkerung, so lautete 1990 die Schätzung eines UNO-Berichts, lebt inzwischen in Städten. Bis zum Jahre 2000 könnte wegen der weiter anschwellenden Flucht aus wirtschaftlich kraß vernachlässigten Landgebieten jeder zweite Erdenbürger Städter sein. Zum Vergleich: 1970, also nur 30 Jahre früher, war es erst jeder zehnte.

Inzwischen sind viele Ballungsräume der Dritten Welt schon derart überfüllt, unversorgt und von bürgerkriegsähnlichen Spannungen erfüllt, daß deren Bewohner oft keine andere Wahl mehr sehen, als nach weiter entfernt liegenden Fluchtzielen Ausschau zu halten. Je unfähiger und reformunwilliger die dortigen Regierungen sind, um so mehr richten die Betroffenen ihr Augenmerk auf jene Regionen der Welt, die ihnen allein noch als unerschütterliche Inseln von Wohlstand und Stabilität erscheinen: die Industriestaaten des Westens. Technisch entscheidend verbesserte Verkehrswege machen es ihnen um so leichter, die Binnenflucht aus verelendeten Dörfern über verelendete Ballungsräume der eigenen Heimat nach und nach bis Westeuropa und Nordamerika fortzusetzen. Anfang der neunziger Jahre erleben wir endgültig den Umschlag von der einen in die andere Wanderungsbewegung.

Die Ballungsräume in westlichen Industriestaaten unterscheiden sich grundsätzlich von denen in wirtschaftlich zerrütteten Regionen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Unsere Großstädte beanspruchen viel Platz; teilweise sind sie schon locker mit anderen Städten und Dörfern zu kaum noch überschaubaren Siedlungsgürteln verbunden. Zur größten Agglomeration Europas ist in diesem Sinn bisher das Ruhrgebiet geworden: In 16 Stadtkreisen auf einem Gebiet von nahezu 60 Kilometern Durchmesser wohnen etwa fünf Millionen Menschen. Aber in Mexico City drängt sich auf dem wesentlich engeren Raum einer geschlossenen Stadtlandschaft bereits das Vierfache an Menschen zusammen, in Kairo mehr als das Dreifache...

Nach unserem Ermessen – den Maßstäben einer Wohlstandsgesellschaft – hat ein Ballungsraum die Grenzen seiner Belastbarkeit erreicht, wenn in den dichtbesiedeltesten Wohngebieten etwa 3.000 Menschen auf einen Quadratkilometer kommen. In Kairo jedoch hausen auf gleicher Fläche in vollkommen übervölkerten Vierteln bis zu 150.000 (!) Einwohnern. Für solche Menschen ist es nahezu unvorstellbar, daß, wie in Westdeutschland während der letzten vier Jahrzehnte, der durchschnittliche Wohnraum pro Person auf 35 Quadratmeter angestiegen ist. In vielen ehemaligen Ostblockstaaten müssen sich die Menschen gerade mit der Hälfte oder noch weniger begnügen, und in vielen Ländern der Dritten Welt kann ein Großteil der Menschen höchstens fünf Quadratmeter, oft nur an die zwei Quadratmeter beanspruchen. In den meisten Elendshütten „leben“ pro Raum

über zehn Menschen; das Leben spielt sich notgedrungen auf der Straße ab.

Die europäischen Ballungsräume werden sich unter dem Druck immer größerer Wanderungsbewegungen verändern. Am deutlichsten zeigen sich Veränderungen zunächst in den Metropolen, wo ein politischer Zentralismus ohnehin ein Übergewicht an Wirtschaft und Kultur konzentriert hat. Gerade auf solche Zentren konzentrieren sich bis jetzt die größten Zuwanderungsströme, und dort entstehen angesichts enttäuschter Hoffnungen am schnellsten sozial hochexplosive Slums. In Deutschland dagegen, wo eine ganze Reihe von Großstädten mit relativ gleichem wirtschaftlichem Gewicht gestreut sind, wird sich der Zuwandererstrom vorerst stärker auffächern; entsprechend langsamer werden die einzelnen Ballungsräume wachsen. Erspart bleiben wird aber auch uns nicht, daß ohnehin bereits sanierungsbedürftige Stadtteile zu Slums verkommen. Jetzt schon kennen wir Bezirke mit bis zu 20 bis 30 Prozent Ausländern, wo in Substandardwohnungen von nur 40 Quadratmetern an die 10 Menschen wohnen – im Ansatz Verhältnisse wie in der Dritten Welt. Jetzt schon erleben wir, daß alteingesessene Bewohner in Vororte ausweichen, oder, falls ihnen das bei fehlenden Geldmitteln nicht möglich ist, mit um so größerem Affekt auf die schlechteren Lebensbedingungen reagieren. Soziale Unruhen sind auf lange Sicht vorprogrammiert.

In diesem Zusammenhang wächst die Angst vor einer „multikulturellen Gesellschaft“. Aber völlig ungerechtfertigt verlagern wir hier die Probleme. In einer pluralistischen Gesellschaft wie der unseren müßte das ethnisch, kulturell und religiös Andere nicht mehr als Bedrohung empfunden werden, denn wir haben längst Abschied genommen von einem ethnisch, kulturell und religiös geschlossenen Gemeinwesen, sowohl weltanschaulich als auch in simpelsten Formen des Lebensstils. Entsprechend spielen in unserem Alltag Ausländer verstärkt eine Rolle – ihnen wird es jedoch schwer gemacht, das Staatsbürgerrecht zu erwerben, selbst wenn sie schon 20 Jahre in der Bundesrepublik leben. Gerade in Deutschland sind die bürokratischen Hürden hoch aufgerichtet, weil sich hier die Rechtsprechung noch weitgehend an einem völkischen Staatsbürgerbegriff orientiert: Deutscher ist, wer deutsche Vorfahren – wer „deutsches Blut in den Adern“ – hat. Dieses Gesetz (1913 noch während der Kaiserzeit zustande gekommen und seither nur in unwesentlichen Details abgemildert) steht in krassem Gegen-

satz zu jener Haltung, wie sie westeuropäische Staaten und Nordamerika im Zuge der Aufklärung entwickelt haben: Alle Menschen haben Anspruch auf gleiches Recht, infolgedessen kann bei der Einbürgerung eine andere Rasse, Kultur und Religion prinzipiell kein Hindernis bedeuten. Rechtsradikale Gruppierungen versuchen die Positionen der Aufklärung zu unterlaufen und plädieren mehr oder weniger rassistisch für ethnische „Reinheit“ („ethnische Säuberung“ wäre dann der nächste logische Schritt). In Frankreich, England und den USA sind für Zuwanderer die Einbürgerungsbedingungen nicht schon durch die Rechtsprechung derart erschwert wie in Deutschland – nur 0,3 Prozent der ausländischen Wohnbevölkerung werden pro Jahr in der Bundesrepublik eingebürgert, die niedrigste Quote in Westeuropa.

Es ist dringend notwendig, diese historische Verspätung auf dem Weg zu einem modernen Bürgerverständnis zu beseitigen. Bereits ganz pragmatisch, wirtschaftliche Erwägungen sprechen für eine liberalere Einbürgerungspolitik. Wegen des Geburtenrückgangs wird die Zahl der Deutschen von heute 80 Millionen bis zum Jahr 2030 auf etwa 60 Millionen absinken, davon werden sich, bisher unvorstellbar, an die 30 Prozent im Pensionsalter befinden. Das sorgsam ausbalancierte Rentengleichgewicht käme ins Wanken, wollte man den rasch wachsenden Bedarf an Altersrenten aus dem mächtig schrumpfenden Reservoir von nur deutschen Arbeitnehmern finanzieren. Auf solcher Grundlage wären bereits im Jahr 2015 die Renten nicht mehr zu bezahlen, so heißt es 1991 in einer Untersuchung der CDU-Sozialausschüsse. Um den Mangel auszugleichen, benötigt das neue Gesamtdeutschland während der nächsten 40 Jahre einen Zuwandererstrom von 15 bis 20 Millionen Menschen, so lautet die Analyse aus nüchternen wirtschaftspolitischen Überlegungen.

Ausländer als Neubürger sind in nahezu allen westeuropäischen Industriestaaten eine wirtschaftliche Notwendigkeit, um einerseits den drohenden Geburtenschwund, andererseits das Budgetdefizit der Altersversorgung auszugleichen. Österreich beispielsweise benötigt jährlich eine Zuwanderung von 20.000 Ausländern, um seine Einwohnerzahl von 7 Millionen auch nur einigermaßen halten zu können. Aus Erwägungen wie diesen wird jeder Staat in Westeuropa über kurz oder lang dazu übergehen müssen, ähnlich den USA eine Quotenregelung für Einwanderer zu schaffen.

Allerdings werden im Verlauf der neunziger Jahre derart viele Menschen unter dem Druck weltweiter Verelendung ihre Heimat verlassen, daß keiner der Industriestaaten den wachsenden Zustrom auf Dauer verkraften kann. Wenn man die Entwicklung unter Kontrolle halten will, dann muß man sich mehr als nur eine Quotenregelung einfallen lassen. Arbeitssuchende aus dem ehemaligen Ostblock oder gar der Dritten Welt, die in ihren Heimatländern nichts mehr zu verlieren haben, scheuen keine Anstrengung, selbst die am dichtesten abgeschottete Grenze ins gelobte Land zu überwinden. Solche Zuwanderer werden sich nicht durch den Gedanken abschrecken lassen, in elenden Massenquartieren hausen zu müssen (in den Slums, woher sie kommen, hausen sie meist schlimmer), bei schwerster Arbeit unterbezahlt zu sein (im Vergleich mit „zu Hause“ bekommen sie immer noch einen passablen Lohn), als Illegale oder gar als Arbeitslose vegetieren zu müssen (was immer noch erträglicher erscheint als die vollständige Unsicherheit in der Heimat), Schikanen oder gar Pogromen ausgesetzt zu sein (ethnische Gegensätze entladen sich im eigenen Land oft schlimmer). Ebenso wenig schreckt sie der Kulturschock, jäh mit einer fremden Kultur konfrontiert zu werden und sich isoliert zu fühlen (einen ersten Kulturschock haben viele von ihnen oder deren Eltern bereits hinter sich, als sie aus Dörfern in die Großstadtslums ihres Heimatlandes strömten). Kein Zuwanderer verläßt freiwillig den angestammten Kulturraum – die Not muß vielmehr derart ausweglos sein, daß die Isolation in der Fremde noch erträglicher erscheint als die bisher gewohnten Verhältnisse.

Der Zuwanderungsstrom, den im 19. Jahrhundert viele westeuropäische Städte erlebten, war an Masse und Intensität gegenüber den jetzt beginnenden Wanderungen zeitweilig stärker. Trotzdem ist es damals gelungen, die Situation zu stabilisieren, indem nach langwierigen Verteilungskämpfen das größte Ungleichgewicht zwischen der Stadt mit zahlreich lockenden Arbeitsplätzen und einer stagnierenden „Provinz“ beseitigt wurde. Zur industriellen ist damals eine soziale Revolution gekommen, und beide Umwälzungen zusammen haben die Basis für einen weitgestreuten Wohlstand geschaffen, ein Wandel, der nirgends so konsequent wie in Westeuropa erfolgte. Heute muß man ein ähnliches Konzept auf einen ungleich größeren Raum, ja in globalen Dimensionen übertragen – und hier liegen enorme Schwierigkeiten. Galt es zu Anfang unseres Jahrhunderts, überschaubare Räume jeweils unter der Regie einer einzigen

Regierung zu sanieren, müßte heute international ein Zusammenwirken unterschiedlichster Regierungen aus unterschiedlichen geographischen und kulturellen Räumen zustande kommen.

Bisher ist wenig geschehen, um das schroffe Ungleichgewicht zwischen reichen Industriestaaten und „Entwicklungs“-Ländern zu beseitigen. Diejenigen, die von einem solchen Ungleichgewicht profitieren, verfügen noch immer über einen Großteil der Macht. Weltweit einen sozialen Lastenausgleich herzustellen – wobei die reichen Industriestaaten die wichtigsten Anstöße geben müßten –, wäre

„Jeden, der neu zusteigt, betrachten sie als Eindringling.“

Zwei Passagiere in einem Eisenbahnabteil. Wir wissen nichts über ihre Vorgeschichte, ihre Herkunft oder ihr Ziel. Sie haben sich häuslich eingerichtet, Tischchen, Kleiderhaken, Gepäckablagen in Beschlag genommen. Auf den freien Sitzen liegen Zeitungen, Mäntel, Handtaschen herum. Die Tür öffnet sich, und zwei neue Reisende treten ein. Ihre Ankunft wird nicht begrüßt. Ein deutlicher Widerwille macht sich bemerkbar, zusammenzurücken, die freien Plätze zu räumen, den Stauraum über den Sitzen zu teilen. Dabei verhalten sich die ursprünglichen Fahrgäste, auch wenn sie einander gar nicht kennen, eigentümlich solidarisch. Sie treten, den neu Hinzukommenden gegenüber, als Gruppe auf. Es ist ihr Territorium, das zur Disposition steht. Jeden, der neu zusteigt, betrachten sie als Eindringling. Ihr Selbstverständnis ist das von Eingeborenen, die den ganzen Raum für sich in Anspruch nehmen. Diese Auffassung läßt sich rational nicht begründen. Um so tiefer scheint sie verwurzelt zu sein.

Dennoch kommt es so gut wie nie zu offenen Auseinandersetzungen. Das liegt daran, daß die Fahrgäste einem Regelsystem unterliegen, das nicht von ihnen abhängt. Ihr territorialer Instinkt wird einerseits durch den institutionellen Code der Bahn, andererseits durch ungeschriebene Verhaltensformen wie die der Höflichkeit gebändigt. Also werden nur Blicke getauscht und Entschuldigungsformeln zwischen den Zähnen gemurmelt. Die neuen Fahrgäste werden geduldet. Man gewöhnt sich an sie. Doch bleiben sie, wenn auch in abnehmendem Grade, stigmatisiert.

Dieses harmlose Modell ist nicht frei von absurden Zügen. Das Eisenbahnabteil ist ein transitorischer Aufenthalt, ein

hierbei alles andere als ein selbstloser Akt der Nächstenliebe. Moralisch gesehen würde durch eine sozialpolitische Neuorientierung ohnehin nur ein Teil jener Schuld beglichen, die die westlichen Industriestaaten durch koloniale Ausplünderung vieler Teile der Welt auf sich geladen haben. Aber wirtschaftlich und politisch gesehen läge in einer solchen weltumspannenden Aktion die einzige Chance, daß Menschen in auswegloser Not nicht mehr massenhaft arbeitssuchend in Ballungsräume abwandern und dort die sozialen Strukturen völlig überlasten. Wir haben nicht mehr viel Zeit, um Fehlentwicklungen zu korrigieren.

Ort, der nur dem Ortswechsel dient. Die Fluktuation ist seine Bestimmung. Der Passagier ist die Negation des Seßhaften. Er hat ein reales Territorium gegen ein virtuelles eingetauscht. Trotzdem verteidigt er seine flüchtige Bleibe nicht ohne stille Erbitterung.

*

Nun öffnen zwei weitere Passagiere die Tür des Abteils. Von diesem Augenblick an verändert sich der Status der zuvor Eintretenen. Eben noch waren sie Eindringlinge, Außen-seiter; jetzt haben sie sich mit einem Mal in Eingeborene verwandelt. Sie gehören zum Clan der Seßhaften, der Abteilbesitzer, und nehmen alle Privilegien für sich in Anspruch, von denen jene glauben, daß sie ihnen zuständen. Paradox wirkt dabei die Verteidigung eines „angestammten“ Territoriums, das soeben erst besetzt wurde; bemerkenswert das Fehlen jeder Empathie mit den Neuankömmlingen, die mit denselben Widerständen zu kämpfen, dieselbe schwierige Initiation vor sich haben, der sich ihre Vorgänger unterziehen mußten; eigentümlich die rasche Vergeßlichkeit, mit der das eigene Herkommen verdeckt und verleugnet wird.

*

In den USA rechnet man mit mehreren Millionen illegaler Einwanderer, vor allem aus Mexico. Auch in Italien dürfte die Millionengrenze längst überschritten sein. Wo immer man genauer hinsieht, zeigt sich, daß die offiziell verkündete „Ausländerpolitik“ auf einer Reihe von Lebenslügen beruht.

Aus: Hans Magnus Enzensberger, *Die Große Wanderung. 33 Markierungen, Frankfurt am Main (Subrkamp) 1992. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlages*